

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Montag und ist durch die
Expedition, Neue Brückenstr. 5/8
bisch die Post und
durch die Postämter an den
Wochentagen zu beziehen.
Preis: Vierteljährlich 3 M., 6 M.,
pro Woche 20 Pf.
Verlagsgesellschaft Nr. 1848.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Subscriptionen:
Beträgt für die einzelnen
Beleghe über Herrn
20 Pfennige, für Viertel- und
Halbjährliche 10 Pfennige.
Bestellungen für die nächsten
Wochen bis Sonntag 10 Uhr
Expedition abgeben.

Nr. 158.

Donnerstag, den 9. Juli 1896.

7. Jahrgang.

Ergebnisse der Arbeitszeitverkürzung.

Als während der vierziger Jahre in England das Zehn-
Stunden-Gesetz eingeführt wurde, das die zunehmende körper-
liche und geistige Entartung der Arbeiterklasse endlich erzwan-
gen, hatten die Arbeitgeber im Chore mit den liberalen Staats-
männern und den gelehrten Nationalökonomien zu beweisen
gesucht, daß die Beschränkung der Arbeitszeit sie all ihres
Gewinnes berauben, die Waarenpreise steigern, die Löhne
vermindern und ihre Concurrenzfähigkeit mit dem Auslande
vernichten müsse.

Aber statt der Productionseinschränkung trat eine be-
trächtliche Zunahme der Production ein, und mit ihr zu-
nehmende Lohnerhöhung um den zwanzigsten bis fast den
dritten Theil der früheren Löhne. Im Jahre 1859, nach-
dem über ein halbes Jahrzehnt die Kürzung der Arbeitszeit
ihre Wirkung geübt hatte, erklärte ein erfahrener Fabrik-
inspector, Mr. Robert Baker in der socialwissenschaftlichen
Vereinigung (Social Science Association), die Löhne der
Arbeiter wären durchschnittlich mindestens um 12 Procent in
die Höhe gegangen, während die Arbeitszeit von 69 Stunden
wöchentlich auf 60 Stunden heruntergegangen war. Theil-
weise hätten die Arbeiterlöhne sogar eine Steigerung bis 40
Procent erfahren und alles Dies, ohne daß die Production
vermindert sei und der nationale Wohlstand eine Einbuße er-
litten hätte.

Bei derselben Einschränkung der Arbeitszeit wuchsen
auch nach den Berichten eines anderen Fabrikinspectors, Web-
grove, bei den Baumwollfabriken in Manchester die Löhne
um durchschnittlich mindestens 25 Procent; und die gesammte
englische Baumwollindustrie vermehrte sich nach Einführung
des Zehn-Stunden-Gesetzes innerhalb eines Menschenalters fast
um das Dreifache.

Dabei wurden die Arbeitsleistungen ganz allgemein er-
heblich besser, weil die Arbeiter nicht mehr in dem Maße
überfordert wurden als vorher und deshalb bei der Arbeit
regiamer und frischer waren.

Während der letzten fünf Jahrzehnte gelang es den ge-
lezten Arbeitern in England die tägliche Arbeitsdauer von
mehr als 12 Stunden auf 9 Stunden herunterzuschrauben
und zwar im allgemeinen bei beständiger Lohnzunahme.

Wie in England geschah es überall anders, wo die
Arbeiter es fertig brachten, eine Arbeitszeitverkürzung zu er-
kämpfen.

1874 ward im Staate Massachusetts der Zehn-Stunden-
tag in der Textilindustrie gesetzlich durchgeführt. Fabrikanten
und Nationalökonomien jammerten, daß es einen Stein hätte
erweiden können, und sagten mit unfehlbarer Sicherheit den
Untergang der Textilindustrie des Staates voraus, zumal in
den übrigen Unionsstaaten der Arbeitsdauer damals noch
keine Schranken gesetzt wurden.

1880 verhängte noch ein hervorragender Sachverständi-
ger, Mr. Edward Atkinson, ein Bruder des Directors der
größten Baumwollspinnerei in Lowell, dem amerikanischen
Manchester, vor einem Parlamentsauschuß, die Beschränkung
der Arbeitszeit habe die Arbeiter schwer geschädigt, da sie
eine Lohnverkürzung zur Folge gehabt habe.

Mr. Carol D. Wright, der Vize des Amtes für Ar-
beiter-Statistik, untersuchte daraufhin den Fall und sein 1881

erstatteter Bericht lautete im entscheidenden Punkte folgender-
maßen:

„Es ist klar, daß Massachusetts mit zehn Stunden
Arbeitszeit eben so viel per Mann, per Webstuhl oder per
Spindel producirt, als andere Staaten mit elf und noch
mehr Stunden und ebenso, daß die Löhne hier ebenso hoch
sind, wenn nicht noch höher, als in Staaten mit längerer
Arbeitszeit.“

In der Schweiz förderte die Reduktion der Arbeitszeit
ähnliche Resultate zu Tage, seit im Frühjahr 1877 in allen
Fabriken der elfstündige Normalarbeitstag eingeführt wurde.

Nach den Berichten des schweizerischen Fabrikinspectors
Dr. Schuler haben bei der kürzeren Arbeitszeit die Arbeits-
leistungen sich vermehrt und damit sind auch die Löhne nicht
nur nicht vermindert, sondern zum größten Theil gesteigert
worden.

Selbst die Gegner des Normalarbeitstages in der
Schweiz geben zu, daß der Lohn durch die Einführung der
Normalarbeitszeit keine nennenswerthe Kürzung erfahren habe.
Die vortheilhaften Wirkungen des Normalarbeitstages in der
Schweiz haben sogar vielfach einen Fortschritt zur Zehn-
Stundenarbeit im Gefolge gehabt, und die Berichte, die in
den Jahren 1892, 1893 und 1894 über die Erfahrungen in
solchen Fabriken Mittheilung machten, welche diese weitere
Arbeitszeitverkürzung riskirt haben, stimmen darin überein, daß
bei der zehnstündigen Arbeit eben so viel geleistet wurde, wie
vorher bei der elfstündigen, abgesehen von unbeschäftigten Ar-
beitern und Denen, die sich an eine „stramme Debnung nicht
gewöhnen können“.

Der elfstündige Normalarbeitstag ist seit 1885 auch in
Oesterreich eingeführt. Ueber seine Wirkungen äußert sich in
seinem Bericht für das Jahr 1894 der Reichenberger Gewerbe-
Inspector folgendermaßen:

„Die unbegründet die seiner Zeit geäußerten Besorgnisse
waren, welche seitens der Industriellen, besonders aber jener
der Textilbranche, anlässlich der gesetzlichen Festsetzung der
Arbeitszeit auf höchstens 11 Stunden pro Tag vorgebracht
wurden, ist bekannt. . . . Sind ja die bei dieser Gelegen-
heit vorgebrachten Prophezeiungen betreffend den Niedergang
der Industrie durch das geradezu beispiellose Emporblühen
derselben in den letzten Jahren widerlegt worden.“

Die günstigen Wirkungen des elfstündigen Normalarbeits-
tages haben auch hier die Unternehmer vielfältig dazu geführt,
mit weiteren Reductionen der Arbeitszeit vorzugehen, so daß
gegenwärtig schon ganze Industriegruppen in Oesterreich 10 1/2
10, ja selbst nur 9 Stunden arbeiten.

Auch in Bezug auf noch weitere Kürzungen der Arbeits-
zeit lauten die vorliegenden Berichte über die Erfolge im All-
gemeinen durchaus günstig. Die Kürzung der Arbeitszeit hat
auch in Oesterreich die Menge der Producte der Tagesarbeit
nicht vermindert, sondern vielfach sogar vermehrt.

Gleichzeitig hat sich die Qualität der Arbeit verbessert
und der Arbeitslohn steigerte sich durchschnittlich in der Woche
um 40 Kreuzer.

In Wien haben mehrere bedeutende Fabriken der Holz-
Industrie, sowie auch der Metallindustrie die neunstündige
Arbeitszeit eingeführt und auch hier scheinen die Erfolge,
obgleich eine größere Anzahl endgültiger Berichte noch nicht

vorliegt, weit eher günstige als ungünstige zu sein. Ent-
schieden nutzbringend aber war die Einführung des Neun-
stundentages in einigen Kohlengruben zu Morawica, wo bisher
11 1/2 Stunden gearbeitet wurde.

Die vortheilhaften Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung,
wie sie in den Ralshausener Rattunbrudereien eingeführt
wurde, sind weltbekannt. Auch sonstwo in Deutschland ver-
mehrte sich bei einer Verminderung der täglichen Arbeitszeit
noch vielfach die Production.

Ihre Erfahrungen aus fünf Jahren faßt eine Stutt-
garter Corsetfabrik im Handelskammerbericht von 1890 in
folgende Worte zusammen:

„Wir finden, daß unsere Arbeiterinnen bei regelmäßiger
Arbeit von 10 resp. 9 Stunden viel leistungsfähiger sind,
wie bei längerer Arbeitszeit.“ Früher wurde in dieser Fabrik
11 Stunden und länger gearbeitet.

Auch aus babilischen Cigarrenfabriken berichtet die groß-
herzogliche Fabrikinspection für 1893, daß die Arbeitszeit-
verkürzung von 11 auf 10 Stunden von einer Vermehrung
der Productionsmenge begleitet gewesen sei. Auch für das
Jahr 1894 lautet der Bericht ebenso günstig.

Das allgemeingiltige Endergebnis der bis jetzt vor-
genommenen Versuche mit der Reduktion der Arbeitsdauer ist
nach allem: Die fortschreitende Arbeitszeitverkürzung hat
nicht nur in der Theorie, sondern überall in der Praxis, bei
den hervorragendsten Culturvölkern, sich glänzend bewährt.

Politische Rundschau.

— Zur Reform der Militär-Straf-
proceßordnung schreibt die „Köln. Volkszeitung“
unter Hinweis auf die Aeußerungen des Kriegsministers und
des Fürsten Hohenlohe bis zur Stunde sei Alles noch in der
Schwelle. Der Entwurf liege noch immer unerledigt
im Cabinet des Kaisers, geschweige denn, daß er
bereits die kaiserliche Genehmigung gefunden habe. Im
Gegentheil bezweifelten gut unterrichtete Personen, daß der
Kaiser sich mit den Grundforderungen des Entwurfes be-
freunden werde. Das alte Spiel zwischen denen um Hohenlohe,
den erklärten Widersachern der Reform und denen um
Bronsart, die die ärgsten Uebelstände zu lindern gewillt sind,
geht weiter. Bis der Lucanus kommt. „Ein gewisser
Krammer Militarismus ringt“, wie man der
„Frankfurter Zeitung“ aus Berlin schreibt, „wieder um Ein-
fluß. Geht General von Bronsart, so weicht er diesem.
An Differenzen mit diesem Einfluß hat es ihm neuerdings
nicht gefehlt; ist der Minister doch von der dienlichen Ber-
eignung einzelner Mitarbeiter, auf deren Verbleiben er Werth
legte, überrascht worden. Möglic, daß er derartige Anlässe
zur Motivierung eines Rücktritts benutzt und sich damit der
Mitwirkung bei der wichtigsten Frage, der Militärstrafproceß-
reform, entzieht. Der Zweifel, ob General von Bronsart
bis zuletzt an der Seite des Reichskanzlers für diese Reform
wirken werde, stammt nicht von heute und gestern; eben so
wenig die Besorgnis, daß ein früherer Rücktritt des Kriegs-
ministers, den die Deffenlichkeit unter allen Umständen auf
das Scheitern der Reform zurückführen würde, auch den
Rücktritt des Reichskanzlers zur Folge haben müßte, der mit
ihm in dieser Frage solidarisch ist. Fast scheint es, als solle

Maschinen.

Roman von Conrad Alberti

Der Haufe stuzte; Karl, der einen vom Sturm geknickten Ast
vom Boden aufgenommen, hieb gleichfalls durch die Luft,
und Aris Ton nachschmend, rief er: „Nimm Dich in Acht,
daß wir Dir nicht selber die Ohren abschneiden, langes Dast!
Wenigstens! Und noch was anders dazu!“ Ein
brüllendes Gelächter flatterte auf, Zimpel warf mit einem
Ziegelstein nach ihm, während stielte Aribert ab, stürzte ins
Comptoir und schrie die Mütze zur Erde werfend, paterroth:
„Herzliches, Waade ist verrückt geworden! Machen Revo-
lution! Gleich Militär requirieren! Telegrophisch!“

Zwischen war der geplünderte Wäcker bei Segonda
gewesen und hatte ihränend sein Leid geklagt. Segonda
hatte dem reichen Manne unter Auflegung von Verschwiegen-
heit Schadenersatz versprochen und ihn gebeten, nur ruhig zu
bleiben.

„Militär? Bist Du verrückt?“ schrie der Alte den Sohn
an. „Immer mit Deiner verwünschten Schneidigkeit. Mir
das Geschäft ruinieren, was? Damit die Kunden zur Con-
currenz gehen? . . . Herrgott, laß bloß nichts in die
Zeitungen kommen!“ Er wüßte sich den Schweiß von der
Stirn. „Dummkopf!“ herrschte er Aribert an. „Un-
brauchbarer Nihil! Ich werde die Leute selbst beruhigen.“

Jetzt erichien Segonda. Ein lautes, verworrenes Ge-
schrei empfing ihn, ein hohles Durcheinanderbrödeln, ein
langes Brodeln, unvernünftig und unverständlich, Jeder schrie
auf eignen Mund — einzelne Hohnrufe drangen an sein
Ohr: „Na Dickste? Fetter Hamster! — Aaler Dacht!“
Pfliffe schlängelten sich auf. Er machte Bewegungen mit den
Armen, als Zeichen, daß er Nichts verstand, und brüllte
endlich, so laut er konnte: „Si zum Teufel, was wollt ihr
bean eigentlich, Menschenkinder?“ Ein neues Geschrei
antwortete, noch lauter, tobender, unverständlicher als früher,
die ganze Masse stürzte im Sturm auf ihn zu, um-
gab ihn im Halbkreise, achtzig Hände suchten durcheinander,
vierzig Stimmen kreischten, quiekten, bellten, krächten, jede
etwas anderes, und zur das Wort „Maschinen“ war mit
einer gewissen Deutlichkeit zu erkennen.

Segonda wurde es schweiß in diesem Herrensessel, er
dachte sich: Demning mag sich mit ihnen herum ärgern, rief
nieder: „Ja, die neuen Maschinen kommen zu Johann!“
und zog sich zurück, vor einem Hagel Erbschollen und Schutt
verfolgt, jedoch ungetroffen.

Er schickte sogleich nach dem Director und nach den
Gendarmen. Demning ließ ihm einfach sagen, was an der
Straße passire, ginge ihn nichts an, sowie Urrufen in der
Fabrik vorlämen, würde er seine Pflicht thun. Die Gen-
darmen hatten den stillen Befehl, nicht zu rufen, bis sie die
Theilnehmerinnen an dem Höllelauf ermittelt. Hier stand
die Autorität des Pfarrers, dort die des „Barons“. Was
thun, um dem drohenden Conflict zwischen weltlicher und
geistlicher Gewalt auszuweichen? Treuen wollten sie sich
nicht; und so kamen sie auf den Gedanken, einen Mittel-
weg einzuschlagen, und verfügten sich schleunigst ins
Wirthshaus.

Segonda war, kirschröth im Gesicht, ins Comptoir
zurück geeilt und herrschte sogleich Aribert an, der
eben einen Comptoiristen wegen eines Dintenflcks im Haupt-
buch herunterpugte: „Da haben wir die Bescheerung! Und
wem verdank ich sie? Dir! . . . Na, ich weiß Alles!
Müßt Du dich mit dem verdamnten Frauenzimmersoll hier
einlassen? Die Wädel ins Grab bringen und die Männer
rebellisch machen? Kannst Du dir nicht 'ne Maitresse in
Sandesbut halten?“

„Ich verbit' mir Deine Vorwürfe!“ schrie Aribert
zurück und lief aus dem Comptoir, die Thür so während
hinter sich ins Schloß werfend, daß Ct ille oben auf ihrem
Schmerzenlager wie unter Dolchschlägen sich krümmend zu-
sammenguckte.

Auf der Treppe traf der „Lieutenant“ mit Dr. Fahner
zusammen. Er wollte mit kurzem Gruß an ihm vorüber,
aber dieser hielt ihn fest: „Du kommst mir gerade recht,
mein Sohn filius!“

„Wieso? wieso?“
Der Arzt blieb stehen und krenzte die Arme. „Retter
Wortsmann! Wer ist mir Geld schuldig? Wer bezahlt
nicht? Wer hat mir hundert Eide geschworen, mir
Dittis Hand zu verschaffen? Wer hat sein Wort nicht ge-
halten?“

„Nur Geduld! Habe jetzt so scheußlich viel im Kopf
— 's brennt doch nicht.“

„Freilich brenn's. Was geht das Dich überhaupt an?
Ich will mich verheirath'n. Will nicht länger die dbe
Simpelrei der Spielnächte.“

„Herzliches, er kriegt sentimentale Anfälle!“
„Du machst Dich wohl über mich lustig — Frechling?“
Fahner offenbarte deutlich seine Erregung. Auf vieles Bitten
ihres Vaters hatte Dittie sich einmal zu einer ärztlichen

durch die Hervorhebung anderer Gründe für einen event. Rücktritt des Kriegsministers diesem das Gehör und dem Fürsten hohenlohe das Bleiben erleichtert werden. Praktisch haben diese feinen Unterstellungen nur noch geringen Werth, seit der Fürst hohenlohe sich in nicht mißzuverstehender Form und Absicht für die Vorlegung der Reformen zum Herbst engagiert hat. Bis dahin wird man wohl warten müssen. Dann reißt ja auch die bekannte vergessene Flottenfrage zur Entscheidung, an die des Kaisers letzte Rede von Neuem erinnert hat.

— Ueber Wehlan und den Ausgang des Prozesses schreiben die „Berl. N. N.“: „Was das Colonialamt mit einem solchen Beamten für den Anfangen soll, der so vollständig unmöglich geworden ist, läßt sich schlechterdings nicht absehen. In einer anderen amtlichen Stellung ihn verwenden, hieße doch geradezu unverantwortlich handeln und das öffentliche Urtheil herausfordern. Unseres Erachtens kann es für Wehlan nur noch einen Ausweg aus diesem Verhängniß geben, nämlich, daß er seinen Abschied erbittet und sich irgendwo in einem entlegenen Winkel der Welt verbirgt. In der civilisirten Gesellschaft ist für ihn keine Stelle mehr.“

— In dem Urtheile des Leipziger Disziplinarhofes gegen Wehlan schreibt die „Freisinnige Zeitung“: „Wie steht es mit der betonen Qualität Wehlans als Gerichtsassessor? Die Handlungsweise Wehlans verknüpft sich mit dem Charakter eines preussischen Richters nicht weniger als mit demjenigen eines überfälligen Colonialbeamten. Ist Jemand noch würdig, um höheren Justizdienst gerechnet zu werden, von dem der Präsident des obersten Gerichtshofes in öffentlicher Sitzung erklärt, daß er im gerichtlichen Verfahren die Tortur angewendet und nach europäischen Rechtsbegriffen sich nicht bloß disciplinär, sondern strafrechtlich vergangen haben würde? Wie die Verhandlungen über den Affektorenparagrafen ergaben, stellt das Justizministerium keine geringeren Anforderungen an die moralischen Qualitäten eines Richters. Wäre es sich hiermit, Wehlan noch ferner diesen Titel zu belassen, oder wird jetzt nun das Justizministerium, dem Wehlan ja eigentlich noch angehört, gegen denselben ein Disziplinarverfahren eröffnen? U. a. w. g.“

— Der Entwurf zu einer Revision des Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Gesetzes ist, wie wir bereits mitgetheilt haben, soweit vollendet, daß er dem preussischen Staatsministerium unterbreitet werden konnte. Die „P. N.“ machen über seinen Inhalt folgende Angaben:

Der Entwurf dürfte sich naturgemäß darauf beschränken, Uebelstände, die sich bei der praktischen Anwendung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes gezeigt haben, zu beseitigen. An den verbleibenden Stellen war der Gehalt ausgemessen, die gesamte Verwaltung der verschiedenen Arbeitsversicherung durch Zusammenlegung zweier Funktionen zu einer zu vereinfachen und zu vereinigen. In der Modernisierungsfrage wurde ja auch dieser Gehalt im Rücksicht des Jammers besprochen. Er ist in dem nun vorliegenden Entwurf der hienach wohl zur Berücksichtigung gelangen wird, nicht berücksichtigt, was sich wohl zu dem Grunde heraus erklärt, daß eine Verwirklichung der Zusammenlegung Funktionen erfordert, die sich über einen beträchtlichen Zeitraum erstrecken müßten. Damit ist aber nicht gesagt, daß dieser Gehalt nun völlig fallen gelassen sei. Man muß ihn auch später im Auge behalten. Der vorliegende Entwurf wird also keine Änderungen der grundlegenden Vorschriften materieller Natur bringen, sondern mehr der Formel ähnlich sein, die vom Reichsversicherungsamt bereits im Jahre 1894 im Reichsgesetzblatt erlassen hat. Auch diese Novelle war nicht unangenehm, nachdem die Grundlagen der Rentenversicherung in ihr unberührt blieben. Ob allerdings die weitere preisgebilligte Aktion sich in nicht beträchtlichem Maße, daß die Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz sich nicht in der im nächsten Heft wieder beginnenden Besprechung an dem Reichstag gelangen können, bleibt fraglich.

— Die Colonialbegeisterung des Großkapitals reicht nicht bis zum reinen Geldbrenn; es zieht sich vielmehr, wie der Major Böhmert klug, von der Colonial-Unternehmung zurück. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß in Afrika nichts zu holen ist. Um einen Profit sich für das Großkapital herauszuholen, ist

wiederum das Reich, d. h. die große Masse des steuerzahlenden Volkes bluten. Im Herbst werden 13 Millionen für eine Eisenbahn in Deutsch-Ostafrika verlangt werden. Das Comité für die deutsch-afrikanische Centralbahn wünscht nun, daß die Durchführung des Unternehmens nicht auf Reichskosten übernommen, sondern einer Privat-Eisenbahngesellschaft übertragen werde und dieser solche Beihilfen gewährt werden, daß sie das deutsche Großkapital immer mehr in den Dienst der colonialen Sache hineinziehen. Das ist die richtige Bauernfänger Sprache und heißt, in ehrliches Deutsch überzusetzen: Das Reich soll dem Großkapital das Risiko entziehen und den Profit sichern, und dann wird dieses es schon verstehen, die afrikanischen Eisenbahnactien wie andere exotische Papiere dem großen Publikum anzuschwindeln, um selbst fein heraus zu sein.

— Das sündige Berlin der Herrschaft des Teufels und der Socialdemokratie zu entreißen, lassen die protestantischen Orthodoxen sich's angelegen sein, Kirchenbauten auszuführen. In einem Bericht, der von kirchlicher Seite darüber veröffentlicht wird, heißt es:

In den letzten sechs Jahren sind in Berlin, seinen Vororten, dann in Potsdam und Ludwigsfelde nicht weniger als dreißig Kirchen vollendet worden, fünf sind im Bau und vier werden begonnen. Für den Bau der 35 Kirchen mit ihrer inneren Einrichtung und den erforderlichen Pfarr- und Gemeindegeldhäusern sind über 15 Millionen Mark aufgewendet worden, wozu noch der Rest der Grundstücke, die größtenteils unentgeltlich überwiesen wurden, mit etwa 6 Millionen hinzukommt, so daß die Gesamtsumme für Kirchenbauten sich in den letzten 6 Jahren auf 21,315,000 Mark beläuft. In dieser Summe sind Grabschuldungen des Kaisers einbezogen, der überwiesenen Plätze in Höhe von 2,970,000 Mk. und Gaben der königlichen Häuser mit 666,000 Mk. eingeschlossen, während von wohlhabenden Gemeinden 4,307,000 Mk. und von Sammlungen, freiwilligen Spenden u. s. w. einzelner Geber 6,781,200 Mk. eingegangen sind. An der Ausführung der übrigen Summe sind die Stadtkasse mit 1,772,000 Mk., die Stadt Berlin mit etwa 3 Millionen, ferner Charlottenburg, Potsdam, Friedenau, Schöneberg und Wilmersdorf mit mehr als einer Million, und der Hiesus nebst dem Oberkirchenrath mit 841,200 Mk. beteiligt. In 15 Kirchen hat der Kaiser Grabschuldungen gegeben, und unter dem Protectorat der Kaiserin fanden 21 Kirchen, drei Kirchen sind selbstständig von dem engeren Ausmaß des evangelisch-kirchlichen Kulturreichs, und gleichfalls drei von dem Kaiserin-Katholiken, darunter die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, erbaut worden. Der Bau der letzteren hat einschließlich des Grundstückspreises 2,881,500 Mk., der der letzteren 4,611,000 Mk. betragen.

Die Kritik dazu glauben wir unseren Lesern überlassen zu dürfen.

— Ueber die Wirkung der Handelsverträge spricht sich der Bericht der Handelskammer zu Hildesheim folgendermaßen aus: Der Handel und die Industrie Deutschlands haben von den in den Jahren 1891 bis 1894 abgeschlossenen Handelsverträgen eine entschieden günstige Wirkung verspürt. Der weltliche Ansehens des wirtschaftlichen Lebens im vorletzten Jahre führt man mit recht zum Theil wesentlich auf die durch den Handelsvertrag wieder besser ausgenommenen Beziehungen zu Rußland zurück. Besonders kam die Eisen- und Stahlindustrie in Betracht, daß der frühere Antrag in das russische Zollgebiet wieder einzuführen, ja überlegen ist. Über die Einfuhr von Rußland, namentlich in Getreide und Holz, wieder aufgenommen. Man kann behaupten, daß bereits früher ausgeprobenes günstige Urtheil über die Wirkung der Handelsverträge auch für das letzte Jahr bestätigt.

— Wieder ein preussischer Schulpalast! Das Schulhaus in Glogau, im Kreis Sauer in Posen, mußte polizeilich geschlossen werden, weil der Entwurf drohte. Dergleichen Zustände, so bemerkt die „P. N.“, hat wir diese Zeit ersehnen, wären ausgeschlossen, wenn die Kinder des „europäer“ Volkes — auch der Herrschenden — die Volksschule besuchen müßten.

— Die Jüdischerei greift wieder den Advokaten wider an sich. Die rheinische Anwaltskammer hat Schritte unternommen, die freie Advokatur zu befestigen. Sie hat zunächst durch

Rundschreiben bei ihren Mitgliedern angefragt, wie weit der Wunsch nach Aufhebung oder Einschränkung dieses Anspruchs vorhanden sei. Danach haben sich in Köln etwa 80 Prozent der Anwälte, in Elberfeld ein noch höherer Procentfuß für die Aufhebung der freien Advokatur ausgesprochen. Es liegen bereits Vorschläge vor, wie dem ungemessenen Anbrange neuer Anwälte in den großen Städten zu steuern sei. Es ist dieses eine Meldung der antisemitischen „Deutschen Tageszeitung.“ Bekämpfung bleibt also abzuwarten.

— Die Schulbücher dürfen in keiner Hinsicht Anstoß erregen; das ist ein feststehender Grundsatz, der bereits dazu geführt hat, daß das schöne Lied „In einem kühlen Grunde“ in der Schulausgabe den weniger schönen Refrain erhielt: „Mein Onkel ist verschwunden, der dort gewohnt hat.“ Die „Loreley“ eines der schönsten modernen Volkslieder, ist ebenso kläglich zurechtgestutzt worden, zum Entsetzen aller Leute von Geschmack. Waren bei den erwähnten Censurenstücken sogenannte „fittliche“ Bedenken maßgebend, so tritt neuerdings die Censur aus politischen Gründen in ihr Recht und verurtheilt über einzelne Dichtwerke. In Naaburg ist bereits den Lehrern aufgegeben worden, Ferdinand Freiligraths herrliches Gedicht: „Aus dem schlesischen Gebirge“ im Unterricht nicht mehr zu berücksichtigen. Es wirkt nämlich aufreizend. Nunmehr hat auch eine bayerische Schulcommission dies Gedicht zur Streichung aus den Schulbüchern empfohlen, weil es „die Armut zu drastisch schildert.“ Auch ein Grund! Aber immerhin läßt sich die Verbannung Freiligraths, des Fremdes von Mary und Mitredactors der communistischen „Rheinischen Zeitung“, noch verstehen; der Poet hat seine besten und schönsten Werke geschaffen in Liebe und zum Besten des arbeitenden Volkes. Aber, mit Verlaub, wie kommt die bayerische Schulcommission dazu, den alten spießbürgerlichen Hamburger Hagedorn auf die Proscriptionsliste zu setzen? In den meisten deutschen Schulbüchern gehört zum eisernen Bestand dessen Gedicht „Johann, der muntere Seifenfieder“, eine etwas steife und zopfige Lobeshymne auf die Zufriedenheit. Unglaublich, aber wahr! Dieses Werk von sehr zweifelhaftem poetischen Werth ist kastriert worden! Zwei Stellen sind gestrichen:

Der stolz und steif und bürgerlich
Im Schmaufen seinem Fürsten wich.

Diese Stellen sollen nämlich von aufreizender Tendenz sein! — Wir erinnern uns aus unserer Schulzeit, daß unser Literaturlehrer uns das Hagedorn'sche Gedicht als ein Muster der trockenen lehrhaften „Dichtkunst“, wie sie zur Zopfzeit geübt wurde, darstellte, und wie es uns davor warnte, dieses „Werk“ für etwas Anderes, als ein Dokument einer längst vergessenen Literaturrepöche zu nehmen. Armer Hagedorn! Im Jahre 1754 eines sanftseligen Todes verbliden, beunruhigt er nunmehr die bayerische Schulcommission, und er, der ruhige Bürger und Philister, erscheint als revolutionär. Wir haben es herrlich weit gebracht, wir Bewohner des neu erkundenen deutschen Reiches preussischer Marke. „Johann, der muntere Seifenfieder“ ist schon zu revolutionär. Und doch wäre er heute, wo Vätermeister, Ladenbesitzer und Großindustrielle gleichmäßig über die Beschränkung der Arbeitszeit für ihre Arbeiter klagen, recht eigentlich als Hymne für die Bourgeoisie angebracht, wenigstens jene Strophe, wo es heißt:

Nich zwingt zur Lage
Nichts als die vielen Feiertage,
Und wer sie alle roth gefärbt,
Der hatte wohl, wie Ihr, geirrt,
Dem war die Arbeit sehr zuwider,
Der war gewiß kein Seifenfieder!

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichischen Fabrikanten sind seit einiger Zeit sehr laut und machen einen großen Aufwand an Kundgebungen. Sie klagen über „Verfolgungen“, denen sie ausgegesetzt seien, und zwar nicht von Seite der „socialdemokratischen Hezer“, sondern von Seite der Behörden! So versicherte unlängst Herr Hofrath Hall-

Unterjochung überwunden, und Jänner war doch nicht so unwissend, nicht zu merken, daß die Krage mit steigender Schärfe zum Leichter niederbrannte. Das geschah sollte, wachte bald geschah. Denn sie nur noch ein Jahr lebte! Dann branten sie ein Kind haben! Er wollte darauf: Schwelbepflichte sind leidenschaftlich und jähzornig. Diesen Sohn — aber dieser Tochter war der Lebensfaden auch von der Krage hart bemessen. . . dann such er der alleinige Erde.

Er kam eben von ihr. Sie lag tief eingemummelt zu Bett, über dem Jähzorn noch wolkene Dämon, im Zimmer herrschte ephemerische Hitze, und hoch klagte sie über Jänner. Sie wollte sich aufrufen und summend wieder, jedoch von dem beängstigenden Schweiß, der sie jede Nacht im Fieber schüttelte. Sie hatte sich erst geweigert, Jänner anzunehmen, aber Archana, der Jähners Wackelnde gut schmecken, ließ ihn einziehen. — Es ist zu Jänner Seiten, Jänner, schickte sie ihr mit ihr, als Datt sie irrend ankam. Der Arzt überzeugte sich, daß sie die verminderte Weiblich nicht gewonnen und machte ihr Vermuthung. Sie hatte nichts von Archana, sagte sie kurz, und machte Archana, das Buch wieder vorzunehmen, das erjährt auf ihrem Nachtschiff lag. Er nahm es ihr weg und sah, daß es eine der theosophischen Schriften von Allan Kardec war. „Sich danach lesen Sie?“ fragte er.

„Es ist kein Quacksalch!“ handelte sie festlich, und indem sie die Seiten flüchtig überflog, sah sie fort: „Es wäre zu trauern, sollte gar nichts mehreres davon sein. Ich habe nachgesehen, und ich kann nicht glauben, daß dieses elende Witzschmaß von Leiden und Schmerz alle so wirklich Alles sein soll, daß daraus die Wägen des Entschlens und der Erhaltung ankommen werden sollen. Dann erbietet die Welt wirklich mit einiger

Umschlag. Ein demüthigtes mich es geben. Es es nun gerade das hier ist —“ Sie zeigte auf das Buch und suchte die Kapitel. „In gelinderen Tagen würde ich über die Platte-keiten nachdenklich sein, welche die „Garten“ hier im Ton oberer Offenbarung enthalten. Aber, Jänner Sie, das Krankenbett macht mich müde und erschöpft. Diese dreizehn Wochenwägen genügt mir jetzt gerade für mein armes, übergebeugtes Gem. Das ist die Ursache, warum Sie die Bibel und den Schöpfungsbuch an mich Datt so verbreitet haben: In der Antike und in der Antike. Es ist die Jähzornige des Götter.“

Sie lächelte — sie lächelte sich sehr bester, wenn sie nachdenklich konnte. Er glänzte der Ungewöhnlich müde zu werden, legte sein Gesicht in grübelnde Falten, setzte sich aus dem und sagte: „Sie haben ja wenig Mühe, ja wenig Sache. Die Männer sind den ganzen Tag im Geschäft und können nicht für Sie sorgen. Sie legen hier einlam mit Jänner Dämon. Jänner Sie mich doch, wenn haben Sie Zeit.“

Sie nickte sich selber; das kühne, kluge, leuchtende Gesicht von dem wunter, lang geschweiften Mundes Jänner eingezogen, daß die Hand flüchtig über ihm ins Auge und sagte: „Sagen Sie mich denn?“

Er blinnte jähzornig. „Sagen Sie denn? Wissen Sie's nicht länger?“

Sie antwortete ruhig: „Wenn Sie mir in meinem jähzornigen Jähzorn, den mir mein Jähzorn, der Spiegel, jeden Augen genau schäbert, einen Jähzorn machen, dann ist Ihre Sache eine Unmöglichkeit. Er kann nur mich nicht sehen. — Ich bin ja kein Kind mehr, ich lese mich nicht drehen. Solch nützliche Engel geben nicht, irgendwo ich in Kiga

„Marie blanc“ von Lemaître gesehen habe. Sie lieben meine Mitgift, nicht mich — und solchen Mann kann ich nicht achten.“

Er stellte sich entrüstet, verwahrte sich, sie entgegnete, und beide kamen in Hitze. Ein Hustenanfall peinigte sie, er qualte, bot, und als sie es verlangte, schwor er ihr sogar die Sanfterkeit seiner Absichten.

Da richtete sie ihren ganzen Oberkörper auf, und mit dunkel funkelnem Blick sprach sie: „Sehen Sie — hätten Sie nicht geschworen, hätte Sie irgend eine dumme Ausrede gebraucht — Sie seien Menonit, oder was weiß ich sonst — dann hätte ich noch einen Rest von Ehrgefühl in Ihnen gesehen und Sie geschadet. So aber sehe ich, Sie scheuen nicht einen Reineid, um zu Ihrem Ziel zu gelangen. . . Ach!“ Sie schüttelte sich. „Ihr Männer seid doch einer wie der andere! . . . Ich muß ja riskiren, daß Sie, um mich früher los zu werden, mir Gift geben.“

Er stand auf und sagte: „Es scheint in der That, Fräulein, daß, wie Sie sagen, Ihr febergemartertes Gem Jhnen Geisteskräfte vorgaukelt, die jeder rechten Grundlage entbehren und die Sie für wirklich nehmen.“

In großer Erregung, mit zitternder Stimme sagte sie: „Ich habe zum dem Vater den Gefallen gethan, Sie einige Male zu consultiren, — das heut war aber doch wohl Ihr Befehl?“

Er empfand sich, sie aber laut erschöpft in die Kissen zurück, weinte, jammerte, schrie, um ihren Schmerzen Luft zu machen, und rief unter herabplügenderen Thränen Henninge letzter Namen an.

(Fortsetzung folgt.)

Wie auf dem Verbandstage des Centralverbandes der Industriellen Oesterreichs, daß die Behörden sich zahllos an Willkürlichkeiten in der Handhabung der Bestimmungen über Arbeitslohn, Auszahlungsmodus u. zu Schulden kommen lassen, und daß die Industrie von der Gesetzgebung schlecht behandelt werde, indem sie das ausschließliche Versuchsobjekt auf dem Gebiete der Socialpolitik sei. Es müsse verhindert werden, daß die Industriellen politisch steifmütterlich behandelt werden, und es sei dafür zu sorgen, daß im künftigen Parlament neben den Arbeitern auch die Arbeitgeber eine entsprechende Vertretung finden. Die Vertretung durch die Mehrzahl der städtischen Mandate und durch die Handelskammern beklagen die Fabrikanten also als ein noch zu steifmütterlich zugemessenes Privilegium! Die Regierung und die bürgerlichen Abgeordneten, wurde geklagt, entwickelten nicht genug Eifer, die Fabrikanten zu schützen, die sich endlich selbst würden helfen, sich organisieren müssen. Herr Hallwisch fast die Situation zusammen in die Worte: „Die Zeit des Zwartens, des Rücksichtnehmens ist zu Ende, die Zukunft muß die Zeit der gesunden Rücksichtlosigkeit sein.“ Damit aber sind die Anstrengungen der Fabrikanten lange nicht erschöpft. Ein ganzes Bündel von Fragebogen circulierte, deren Beantwortung Material liefern soll zu Klagen über die schlechten Beziehungen zwischen Industrie und Staatsverwaltung und zur Abwehr der Gefahr, daß die Reform der Gewerbebau- und Arbeiterschutz um einen Schritt weiter dringe. Unser Wiener Parriororgan, die „Arbeiter-Zeitung“, urtheilt in kühlender Ruhe über die Bedeutung dieser Bestrebungen dahin:

Die Arbeiterschaft hat in den letzten Jahren unter schweren Kämpfen die Behörden gezwungen, das elende Bischen von Arbeiterrecht, das in Oesterreich gesetzlich gewährleistet ist, zu respectiren. Die alte Willkür, der der einzelne Arbeiter wie seine Organisation preisgegeben war, mußte einigermaßen gegerigelt werden, und die Unternehmer können heute nicht mehr wie einst absolut darauf rechnen, daß ihnen zu Liebe jede Regung der Arbeiterschaft mit Gewalt und gegen Recht und Gesetz niedergehalten werde. Daher die Vorwürfe gegen die Regierung und ihre Organe, die von den Hallwisch und Consorten erhoben werden. Zwar belächeln noch immer die Gerichte die grau-samsten Delogierungen, zwar fliegen noch immer den Ausbeutern zu Liebe die Säbel der Genurmen aus der Scheide und knallen ihre Gewehre. Aber das genügt ihnen nicht, sie verlangen von den Behörden, die für sie thun, was sie können, das Unmögliche: daß sie die Entwicklung der österreichischen Arbeiterschaft um zehn Jahre zurückschrauben. Bleibt also noch die Selbsthilfe der Fabrikanten die „gesunde Rücksichtlosigkeit.“ Brutaler als sie waren, können sie nicht werden, und neu ist nur, daß sie es einsehen und sich dessen beruhmen. Die Phrasen von der „Arbeiterfreundlichkeit“ hat ein Ende, wenn es gelte, sie zu betätigen, und wenn der Arbeiter als Gleichberechtigter und Fördernder kommt, nicht unterthänig und als Bittender. Der letzte Schein der patriarchalischen Zustände ist gefallen, die Klaffengegenstände spitzen sich zu mit der in den letzten Jahren gewaltig fortschreitenden Industrie. Aber sie bleiben nicht, wie einst, den Trägern dieser Gegenstände verborgen, sondern sie treten hell und scharf in ihr Bewußtsein. Der Klassenkampf ist es, der immer härtnadiger und immer unerbittlicher geführt wird, der alle politischen und nationalen Verbündlungen abwirft. Die Arbeiterschaft hat diesen Kampf nicht zu fürchten, er ist ihr Lebenselement, und unter seinem Zeichen wird die Socialdemokratie siegen. Mögen die großen Ausbeuter von ihren ersten täppischen Versuchen sich zu einer anständigen und ordentlichen Organisation aufschwimmen, das Proletariat wird ihnen gewachsen sein. Die politische Macht aber wird Stück für Stück in die Hände der Arbeiterschaft kommen müssen, weil die Interessen der Gesamtheit in letzter Linie nur bei ihr Vertretung finden, weil die menschliche Kultur, die Gesundheit, die Bildung, die Wohlfahrt des Volkes geminnt bei jedem Schritte, der die Socialdemokratie dem Siege näher bringt.

Belgien.

Je mehr Einzelnachrichten über die belgischen Wahlen vom letzten Sonntage eingehen, um so schärfer kennzeichnet sich dieser Wahltag als ein Siegestag des Socialismus. Es haben, wie der Brüsseler Bericht-erstatler der „Wostischen Zeitung“ ausführlich, die Merkale in ihre 18 Sitze in Westflandern und ihre Sitze in Loewen, Mecheln, Turnhout, D'art, Vahagne, Marche und Neuschateau behauptet. Von ihren 66 auscheidenden Abgeordneten sind 36 wiedergewählt, 30 stehen zur Stichwahl, und zwar 18 in Brüssel, 11 in Antwerpen und einer in Nivelles. Dazu haben die Liberalen mit 500 Stimmen Mehrheit den Sitz in Arlon abgenommen und kommen mit drei neuen Kandidaten in Nivelles und mit zwei neuen Kandidaten in Philippoville zur Stichwahl. Die neue Repräsentantenkammer hat also schon jetzt ohne Stichwahlen bei 152 Mitgliedern 76 Merkale.

Die Liberalen aller Schattierungen hatten 10 Sitze inne, davon sind fünf verloren, und zwar ihr Sitz in Arlon, drei in Nivelles und ein Sitz in Philippoville. Die Fortschrittlere haben ihre Sitze behauptet. Drei Fortschrittlere regten mit 3000 Stimmen Mehrheit in Namur über die Merkale, der Fortschrittler Lorard mit 193 Stimmen Mehrheit über den Merkale Grafen de Brix in Vrtion, und ein Fortschrittler kommt in Philippoville zur Stichwahl mit guten Aussichten. Die Hofkreise, die Regierung und die katholische Partei hatten Alles aufgebietet, um den schweidigen Fortschrittler Lorard, durch dessen Entschlossenheit die Uebernahme des Cosogostaats durch Belgien vereitelt worden ist, zu Falle zu bringen, aber vergeblich.

Zur Stichwahl stehen 9 Fortschrittlere in Brüssel, 11 Liberale in Antwerpen. Von den Socialisten stand nur einer zur Wahl, der Socialist Delfnet in Namur; er wurde mit 3000 Stimmen Mehrheit wieder gewählt. Die Socialisten verdrängen drei Liberale und einen Merkale in Nivelles und einen Liberalen in Philippoville, so daß sie mit diesen vier Sitzen zur Stichwahl kommen gegen die Merkale, mit guten Aussichten, da, wie der Gewährsmann der „Hoff. Ztg.“ meint, die meisten Liberalen für sie stimmen dürften. Außerdem stehen 9 Socialisten in Brüssel zur Stichwahl. Ueberall ist ihre Stimmenzahl, selbst im ultraliberalen Westflandern, gewachsen. Im katholischen Loewen erhielten die Merkale 26 280, die Liberalen 1054 und die Socialisten 17 127 Stimmen. In Brüssel erhielten die Merkale 88 046,

die verbündeten Fortschrittlere und Socialisten 71 017, die Liberalen 40 416 und die Kandidaten des Handels 5312 Stimmen.

Die Stichwahl für die 18 Brüsseler Sitze findet somit zwischen den Merkalen und den Fortschrittlern und Socialisten statt; die Entscheidung ruht in den Händen der Liberalen. In Antwerpen erhielten die Merkale 56 461, die Liberalen 42 577, die Socialisten 9285 und die christlichen Demokraten 5791 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Liberalen und Merkalen steht für die Merkale günstiger.

Erst die am nächsten Sonntag stattfindenden Stichwahlen werden die endgültige Zusammensetzung der Kammer und die wahre Gesammtheit der Parteien; der Wahltag selbst hat aber vorweg das mächtige Anschwellen der socialistischen Strömung erwiesen.

Nun geben wir noch eine kurze Erläuterung des belgischen Wahlgesetzes und Wahlsystems, das seit 1894 herrscht:

Wähler mit einer Wahlstimme ist jeder 25 jährige Belgier, der mindestens fünf Francs Steuern zahlt. Eine zweite Wahlstimme besitzt, wer 35 Jahre alt und Familienvater ist. Anspruch auf eine dritte Wahlstimme verleihen Bildung und Besitz, jedes allein, oder zusammen; der Nachweis wird durch Univeritätszeugniß oder durch die Berufsstellung resp. durch den Grundsteuerzettel geführt. Mehr als drei Wahlstimmen kann Niemand haben; die leterwähnte dritte Stimme gilt bei den Betroffenen vom 25. Jahre ab (also bei den nicht 55 Jahre alten Wählern als zweite Stimme). Wahlfähig ist ein Candidat (jeder Belgier) nur, wenn er von 50 Wählern 14 Tage vor dem Wahltag dem Wahlcommissar (Stabsgerichts-Präsidenten) als Candidat angemeldet ist. Die Wahlzettel (mit den gedruckten Namen aller Candidaten auf demselben Zettel) werden auf Staatskosten durch den Wahlcommissar in Druck gegeben und mit dem Gerichtsiegel gestempelt. Im Wahllocal erhält jeder Wähler so viele dieser Wahlzettel, wie die Wahlvorschriften ausgehandigt, als er laut der Wählerliste Stimmen hat. Mit diesen Zetteln begiebt sich der Wähler in eine Isolierzelle, wo er auf den Zetteln die Candidaten seiner Wahl mit einem ihm vom Wahlvorsitzer übergebenen weißen Bleistift ankreuzt. Selbstredend darf er nur so viele Candidaten bezeichnen, als sein Wahlkreis Mandate zu vergeben hat (in Brüssel beispielsweise 18, in Mecheln 4); bezeichne er zu viele Candidaten, so ist kein Zettel ungültig; dagegen darf er zu wenig bezeichnen. Den Zettel faltet der Wähler dann zusammen und übergibt ihn beim Heraustreten aus dem Isolirraum dem Wahlvorsitzer, der ihn in die Urne legt.

Frankreich.

Colonialbestialität. Der französische General Archard, der in Afrika gegen die „Wilden“ sich Vorarbeiten erworben hat, that jüngst in einem Interview folgende Aeußerungen:

Für die Chomba, die Krader sind, wie für die Tuaregs, die eine besondere Klasse bilden, ist das Wort Furcht nahezu gleichbedeutend mit dem Worte Anhänglichkeit; je mehr Schuldige oder Unschuldige man also nieder schlägt, desto mehr Liebe verfaßt man sich. Diese Ansicht ergänzte der General dahin, „daß der Säbel und die Peitsche mehr taugen als alle Verträge“, und daß man die Tuaregs in der Weise züchtigen müsse, indem man „erbaumungslos eine große Anzahl tödtet“. Die „Justice“, welche sich mit diesen Aeußerungen beschäftigt, erinnert an die Denkwürdigkeiten des Vicentians Antheleme D'rat von den senegalesischen Tirailleurs, der im Jahre 1890-91 zu der Colonie des Obersten Archard im Sudan gehörte und wahrscheinlich nur die Befehle seines Vorgesetzten vollstreckte. „Jeder Mann“, heißt es in jenen Aufzeichnungen, „der gefangen wurde, wird sofort um den Kopf gekürzt; die Frauen und Kinder werden in die Gefangenschaft fortgeführt und den Tirailleurs und Hilfspersonen gegeben. Nach dem Scharmüel durchstreifte ich das Gedäch mit vier Spahis und brachte zwanzig Mann zurück, darunter den Händlungs des Dorfes, der sich durch die Behauptung zu entlasten suchte, die Concouleure hätten ihn zu Folge gezwungen. Das war wahrscheinlich richtig, aber die Befehle lauteten bestimmt, und deshalb ließ ich alle töpfen.“ Diese kurzen Auszüge, meint die „Justice“, genügen, um die Art und Weise zu charakterisieren, wie gewisse Militärs im Namen Frankreichs colonisiren. Das Militär-Element kennt nur die eine Mission, in den Colonien Krieg zu führen und die Eingeborenen, ob schuldig oder unschuldig, als Zielscheiben zu verwenden. Und das nenne man Colonialpolitik! Hunnen oder Vandalenpolitik wäre da wohl besser am Platze.

Stimmt. Und gilt nicht bloß von Frankreich. Die Colonialpolitik hat auf die Angehörigen aller Völker derselben demoralisirenden und brutalisirenden Wirkungen.

Rußland.

In Dublin sind kürzlich zwanzig Kinder verhaftet worden, als sie forsen von der ersten Communion zurückkehrten. Sie hielten in den Händen Bilder, die sie von dem Geistlichen als Andenken empfangen hatten. Auf der Straße hatten die Kinder außer diesen Bildern plötzlich noch gedruckte Zettel in den Händen. Ein Gen darm trat an die 10-12 jährigen Kinder heran, nahm ihnen die Zettel fort und ließ sich die Wohnungen der Eltern angeben. Nachmittags wurden bei diesen Eltern Hausdurchsuchungen abgehalten, ohne daß etwas Verdächtiges gefunden worden wäre. Trotzdem führten die Gendarmen die 20 Kinder ins Polizeigefängniß ab und vertrieben Abends lie in ihrer Verzeugsangst herbeigeilten Eltern von dem Thore des Gefängnisses. Den andern Tag ließ der Staatsanwalt des Kreisgerichts, Gralov, die Kinder vorführen und fragte, was wenn sie jene Zettel erhalten hatten. Manche der aufs höchste erregten Kinder gaben an, die Zettel von einem unbekanntem Manne bekommen zu haben. Einer der Kraben wies auf einen von Gralov's Unterbeamten und sagte aus, dieser Mann sei es gewesen. Ein Krabe von 10 Jahren, der in dem Glauben war, es handelte sich um das Heiligenbild, entgegnete: „Der Geistliche hat's mir gegeben.“ Sofort wurde bei dem Priester eine Hausdurchsuchung abgehalten, wobei die Polizei sogar die Dielen aufriß, ohne jedoch etwas „Verdächtig“ zu finden. Die Kinder blieben drei Tage im Polizeigefängniß, einige von ihnen sogar acht Tage. Die Zettel enthielten den bekannten Aufruf, der dagegen protestirt, das Car Nicolaus bei der Krönung auch den Titel eines Königs von Polen argekommen hatte.

Arbeiterbewegung.

Die Gründung einer Organisation der Eisenbahn-Arbeiter in Leipzig ist erfolgt. Zunächst bezweckt die Organisation: Die Pflege der Geelligkeit, der Unterstützung bei Krankheit- und Todesfällen. Daß ein guter Kern in dieser Bewegung steckt, geht daraus hervor, daß die Angliederung an den „Evangelischen Arbeiterverein Leipzig“ abgelehnt wurde. Auf die drei von den Eisenbahnarbeitern in ihrer Lohnangelegenheit abgegebenen Petitionen hat die Eisenbahndirection Halle sich herbeigelassen, die von ihr vorgezeichneten Lohnsätze um je 10 Pfennige pro Tag zu erhöhen und die Wartezeit auf den Hochlohn von 15 auf 8 Jahre herabzusetzen, so daß die Arbeiter nach 3 Jahren pro Tag 2,60 Mt. verdienen, und endlich für die Streckenarbeiter eine fünfte Lohnklasse eingerichtet wird. Eine weitere Lohnerhöhung könne zur Zeit nicht gewährt werden, so heißt es in dem schriftlichen Bescheid der Direction Halle an die Arbeiter. Durch dieses Zugeständniß sind die Löhne wieder auf die Höhe gebracht, wie sie vor Schaffung des Arbeiterlohn-Gesetzes im April d. J. gegen den sich die Arbeiter wandten, waren. Für die meisten Arbeiter bedeutet also dieses Zugeständniß keine Aufbesserung ihres Lohnes. Die Arbeiter in Leipzig hatten die Gewährung eines Höchstlohnes von 3 Mark pro Tag verlangt. Die Eisenbahnarbeiter in Halle und Magdeburg sind gleichfalls bei der Eisenbahndirection wegen Lohnhöhung vorstellig geworden. In Magdeburg verlangten die Arbeiter 2,70 Mt. Mindest- und 3,50 Mt. Höchstlohn pro Tag. Man sieht, die Arbeiter der „staatlichen Musterbetriebe“ erwachen nach und nach, Dank der Sparpartei des Eisenbahn-Ministers, aus ihrer Verhärtnis und fangen an zu bezreiben, daß sie die Arbeiter anderer Städte zu gleichen Vorgehen auf.

Neben die Mahregierung städtischer Arbeiter in Dresden brachten wir vor Kurzem die Mitteilung, daß von der Verwaltung der Tiefbaugesellschaft 17 Arbeiter entlassen wurden, weil sie einen höheren Lohn verlangten. Daraufhin haben die städtischen Arbeiter nach den Beschläffen einer gut besuchten Versammlung an den Rath eine Eingabe gerichtet, in der außer Wiedereinstellung der gemoppegelkten Arbeiter auch Forderungen hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitszeit gemacht wurden. Die Unterzeichner der Eingabe wurden am Montag durch den Oberbürgermeister und den Baurath Klette beschieden. Herr Baurath Klette erklärte, daß er keine solche Verfügung erlassen habe, sondern daß sein Name von einem Unterbeamten, der demnach nur der Unterzeichner des Schriftstückes, Tannenheim, sein kann, mißbraucht worden wäre. Der Wiedereinstellung der Arbeiter stände nichts im Wege. Auch wurden Zusicherungen wegen Lohnhöhung und Höherbezahlung der Ueberstunden gemacht.

Am Streik der Schmiede in Frankfurt am Main sind 70 Gefellen betheiligt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 46 Gefellen.

Zur Lohabewegung der städtischen Hafenarbeiter in Frankfurt a. M. Wie in einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung der Hafenarbeiter mit Entrüstung festgestellt wurde, hat der Barmherzige des Lagerhauses kurz vor Auszahlung des Lohnes den Arbeitern eine sogenannte „Arbeitsordnung“ zur Unter-schrift vorgelegt. Nach derselben besteht bei denjenigen Arbeitern mit einem Tageslohn von 2,50 Mark und weniger keine Bündigungsfrist, bei denjenigen mit einem solchen von 2,80 Mark und darüber eine achttagige Bündigungsfrist. Auf die Weigerung zweier Arbeiter, den behdrlichen Aktus zu unterzeichnen, sollte natürlich sofortige Entlassung erfolgen. Die übrigen Arbeiter haben das Schriftstück unterzeichnet. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Antwort vom Magistrat auf die Eingabe der Lohncommission immer noch nicht eingelaufen sei. Auf der Tagesordnung der nächsten Dienstag stehenden Stadtverordneten-Sitzung steht u. a. als Berathungsgegenstand: „Eingabe der Arbeiter in städtischen Betrieben, ihre Lohnverhältnisse betreffend.“ Es ist nun möglich, daß der Magistrat dies erst abwarten will. Einmüthig wird dann beschlossen, nur noch bis zum nächsten Mittwoch Abend (um welche Zeit wieder eine Versammlung der Hafenarbeiter im selbigen Local stattfindet) zu warten. Erfolgt bis zu genanntem Termin keine zusagende Antwort, wird die kommende Versammlung Stellung dazu nehmen; eventuell sind die Arbeiter gesonnen, für ihre Forderungen mit aller Energie einzutreten. — Den Arbeitern, welche das samose Schriftstück betreffs Bündigungsfrist bis jetzt noch nicht unterschrieben haben, wird der Rath gegeben, dies auch für die Folge zu verweigern. Falls daraufhin weitere Maßregelungen vorkommen sollten, verprechen die Versammelten, für die betreffenden Arbeiter einzutreten.

Der Streik in der Passbergerischen Bürstenfabrik in München scheint nunmehr entgiltig beigelegt zu sein. Der Fabrikant hat vor seinem anfänglichen Verlangen, einen Widerruf des von der Lohncommission verausgabten Flugblattes zu erzielen, Abstand genommen und sich damit begnügt, daß nur eine Richtigstellung im Betreff der Löhne gegeben wird. Dem will die Streik-commission nachkommen und sind damit endlich die Differenzen beigelegt.

Zu dem Streik der Rahmen- und Blankglaser in Leipzig ist mitzutheilen, daß nach 29 Collegen im Ausland sind. Die Meister versuchen durch die Arbeitsnachweise der Zunungen von Auswärts Gefellen zu erhalten. — Die Vertrauensmänner der Berliner Glaser.

Der Streik in der Dampfkehlfabrik von Arthur Robberg in Darmstadt ist für beendet erklärt. Von den Ausständigen befinden sich noch 15 ohne Beschäftigung. Die Arbeiter haben aber die Fabrik die Sperre verhängt.

Zur Lohabewegung der Leipziger Studentewe. Die über die Beschäfte Ebert, Otto Schulz und Jung verhängte Sperre bleibt nach wie vor aufrecht erhalten. Insgesamt arbeiten in diesen drei Werkstätten nur fünf Mann, während die 20 Firmen, die die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben, zusammen 180 Gehilfen beschäftigt haben.

Gerichtliches.

Der Kopsiedliche Worbrosch, der kürzlich das Thörner Schwurgericht zum zweiten Mal beschuldigt hat, wie bereits gemeldet wurde, noch immer keinen Abschluß gefunden, sondern wird im Herbst noch zum dritten Mal vor dem Schwurgericht zur Behandlung kommen. Ueber die Beweisaufnahme wird der „Danz. Zeitung“ noch Folgendes berichtet: Mehrere Wochen nach der Mordthat herrschte über die Thäter große Unklarheit. Die drei verdächtigsten Bildhauer leugneten hartnäckig die That und auch im Walde gewesen zu sein. Da ging Anfangs December 1892 bei der Staatsanwaltschaft ein in polnischer Sprache abgefaßtes anonymes Schreiben aus Neumark ein, dessen Abfasser sich als ein fünfund-achtzigjähriger, auf dem Sterbebette liegender Bettler bezeichnerte. Dieser theilte mit, daß er am 29. October im Dluginier Walde gedöndigt habe und so unbemerkt in nächster Nähe des hlutigen Schulplatzes Zeuge des ganzen Herganges gewesen sei. Die in dem Briefe enthaltene sehr ausführliche Schilderung stimmt mit allen vom früheren Gendarmen u. Penobisch gemachten eingehenden Ermittlungen genau überein, so daß der Schreiber des Briefes wohl Zeuge der That gewesen ist. Leider sind alle Nachforschungen nach demselben ohne Erfolg gewesen. Jetzt haben auch die drei Verdächtigten ihre Anwesenheit im Dluginier Walde am Abend des 29. October zu und später h-v-dana Malinowski gestanden, den Polizeijäger Rath erschossen zu haben. Von Wichtigkeit erscheinen die Aussagen solcher Personen, die im Gefängniß zu Strassburg Spreche zwischen Malinowski und Anton Kopsiedliche belauscht haben. Aus demselben scheint sich ein gewisses Zugeständniß des Anton Kopsiedliche, daß er an dem Mord beteiligt ist, zu ergeben. Diesem Sachverhalt material stehen nun drei Geständnisse des Malinowski gegenüber, wonach dieser den Väter ebenfalls

hoffen habe. Seiner Ehefrau soll M. eine solche Offenbarung schon im December 1893 gemacht haben, worüber sie auch Anzeige ertheilt. Als darauf M. vernommen wurde, erklärte er die Aussage der Frau für eine Unwahrheit. Zweitens bekundete der Richter Müller Dojanowski von einem gleichen Geständnis des Malinowski, welches er ihm im Thorer Gerichtsgefängnis gemacht habe. Das wichtigste Geständnis hat Malinowski aber am Tage seiner Einrichtung, kurz vor seinem Tode zum Richter in Gegenwart von Geistlichen und Gefängnisbeamten gemacht. Der Geistliche bekundete: Malinowski war sehr reumüthig und gekränkt. Er erkannte an, daß er die Strafe für sein Verbrechen, zu welchem ihn die Jagdleibenschaft gebracht, erleiden müsse. Die Worte des Geistlichen machten auf den Pfarrer den Eindruck der Wahrheit. Der Protokollführer (gleichzeitig Dolmetscher) hatte den Malinowski gewarnt, sein Gewissen mit einer neuen Lüge zu belasten. Er mußte ihm zweimal versichern, daß durch sein Geständnis seine Frau keinen Nachtheil haben werde. Dann stellte Malinowski den Hergang des Doppelmordes so dar: Nachdem ich mit zwei Schüssen den Hirschkörper erschossen, lief ich in der Richtung nach Dingelitz zu und lud das Gewehr von Neuem. Während ich mich im Geräusch, ich bemerkte, daß jemand, das Gewehr im Anschlag haltend, mich verfolgte. Ich lehnte mich um, legte das Gewehr an, zielt und schoß den Mann nieder. — Der Staatsanwalt hielt in seinem Plaidoyer diese Geständnisse nicht für ausreichend, um den Kopfschlag zu entlasten. Nach halbstündiger Beratung sprachen die Geschworenen wieder das Schuldig gegen Kopfschlag wegen vorläufiger Tödtung des Barons v. d. Goltz aus und der Staatsanwalt beantragte von Neuem lebenslängliche Zuchthausstrafe. Wie bekannt, hat der Gerichtshof den Schuldspruch der Geschworenen als irrtümlich zu Ungunsten des Angeklagten laßirt.

In einer Verhandlung wegen Kindesausführung, welche neulich vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin gegen den Arbeiter Paul Frank stattfand, wurde ein sehr interessantes Verbrechen vor Augen geführt. Er gab die ihm zur Last gelegte Straftat zu, indem er folgendes Geständnis ablegte: Er habe Unglück in der Ehe gehabt, seine Frau wolle nicht arbeiten. Im Herbst vorigen Jahres habe er nicht seiner Frau auf ein kleines Domizilium in der Nähe Berlins unterkommen gefunden, sie hätten dort zufrieden leben können, aber seine Frau weigerte sich, die übernommenen Arbeiten zu verrichten und am 23. März d. Js. hätten sie den Hof wieder verlassen müssen. Vollständig mittellos habe er mit Frau und einem Kinde von zwei Monaten den Weg nach Berlin zu Fuß angetreten. Seine ganze Habe bestand in einem Bettstüd, in welches das Kind eingebüllt war. Gegen Abend seien sie in Berlin angekommen. Ein kalter Wind habe durch die Straßen geweht und ihre vom Hunger geschwächten und mannelhaft bedeckten Körper durchschauert, sie hätten nicht gewußt, wo sie während der Nacht unterkommen finden sollten. Schon vor Berlin in der Nähe von Weiskow, habe seine Frau zu ihm gesagt: „Leg doch das Kind hinter den Baum!“ Er habe es nicht ausführen können; als seine Frau ihm aber später, als sie planlos durch die Straßen wandelten, geraten habe, er möge das Kind auf den Fluß eines Hauses legen, da habe er den Rath befolgt. Er habe sich in ein Haus in der Wallstraße begeben, sei drei Treppen hoch hinaufgegangen und habe das Kind dort auf den Fluß gelegt. Dasselbe ist bald von Hausbesohnern gefunden und im Wasserbassin untergebracht worden, wo es sich noch befindet. Der Angeklagte verlangte bloß, daß auch seine Ehefrau gleich ihm zur Strafmessung gezogen werde; sie sei doch die Mutterin und an allem schuld gewesen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sieben Monaten, und der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrag:

Mannheim, 6. Juli. Der frühere Chefredakteur des hiesigen Amtsveränders, Hermann Meyer, jetzt in Hildesheim, über die bekannte von der „Völkischen Landeszeitung“ gegen den Abg. Genow...

Dreesbach verbreitete Bezeichnung des Betrugs seiner Zeit an der Spitze seines Blattes nachgedruckt hatte, wurde vom hiesigen Schöffengericht auf die Privatklage Dreesbachs hin wegen Beleidigung des Klägers zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurtheilt. Außerdem wurde, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, dem Kläger die Befugnis zuerkannt, das Urtheil auf Kosten des Verurtheilten in den hiesigen und karlsruher Blättern, sowie in der Frankfurter Zeitung zu veröffentlichen. Die Klage Dreesbachs gegen das „Mannheimer Tageblatt“ wurde durch Revocation des letzteren erledigt.

Chronik
der Majestätsbeleidigungsproceffe.

Die Strafkammer zu Erfurt verurtheilte den 21 Jahre alten Eisenarbeiter Christoph W. wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis. Im Gefängnis hatte er in einer Speisewirtschaft beleidigende Aeußerungen gegen Wilhelm II. gebraucht. Die unverschämte Plätterin Emma Krüger in Stettin ist in Untersuchungshaft genommen worden, weil sie eine — Majestätsbeleidigung begangen haben soll. Die Denunciation ist von einer rachsüchtigen Collegin ausgegangen.

In Eisen wurde wegen Majestätsbeleidigung von der Strafkammer der Maurer Jörgens aus Buer zu drei Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurtheilt. Der Angeklagte soll sich seinem Mitarbeiter gegenüber Aeußerungen über die Arbeiten des Kaisers zu Schulden kommen lassen haben.

Statistisches.

Ueber die Verschiebungen zwischen der städtischen und ländlichen Bevölkerung Preussens gibt das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 2. December 1895 bereits ein klares Bild. In den jetzigen Gebietsgrenzen der Städte und ländlichen Gemeindegemeinschaften betrug, wie die „Stat. Corr.“ mittheilt, die Zunahme der Bevölkerung von 1890 bis 1895 in den Städten 1 092 226 Personen, d. h. auf das Tausend 92,1 Zuwachs, auf dem platten Lande 800 202 Personen, d. h. auf das Tausend 44,1 Zuwachs. Die Volkszunahme ist hiernach in den Städten zwar mehr als doppelt so stark wie in den ländlichen Gemeindegemeinschaften gewesen; aber die ländliche Bevölkerung ist während des letzten Jahrzehntes beträchtlich und sehr viel mehr als im vorhergehenden (1885—90) angewachsen, in dem die Zunahme nur rund 450 000 Personen betragen hat. Dagegen hat die städtische Bevölkerung im Jahrzehnte 1890—95 um rund 93 000 Personen weniger als im vorhergehenden (1885—90) zugenommen, in dem sie 1 184 786 Köpfe betragen hatte. Dies ist — so folgert die „Stat. Corr.“ — eine durch die Volkszählung vom 2. December 1895 unabweislich erwiesene Thatsache. Nur ein unbedeutend geringerer Theil des Zuwachses der

ländlichen Bevölkerung ist durch den Zuzug gewerblicher Arbeiter nach den Vororten von Berlin und städter anderer Großstädte veranlaßt worden.

Vermischtes.

Einem neuen Rettungsmittel zeigte jüngst ein Mechaniker in Köln. Der Mantel gleicht einem gewöhnlichen Lieberzieher. Er enthält aber ein doppeltes Gummifutter, das, mit einer Waffe gefüllt, ein Untersinken verhindert. Der Erfinder sprang von der Schiffsbrücke in den Rhein und ließ sich nach Rülheim treiben. Er trug eine Fackel in der Hand und ließ mehrere Rufen aufsteigen. Eine mit diesem Lieberzieher besetzte Person soll sich mehrere Tage über Wasser halten können. Ob sich die Erfindung auch verwerten läßt, wissen wir nicht.

In der Explosion des Zeughauses in Wetz geht der „Frankf. Ztg.“ ein Bericht zu, der sich u. a. folgendermaßen äußert: Die ganze Anlage des Zeughauses III, das aus mit Dachpappe bedeckten Holzschuppen besteht, ist eine verfehlte. 35 Meter vom Bahndorper entfernt, ca. 100 Meter von einer Kesselfabrik und einer Eisengießerei gelegen, war diese mit einem Aufwande von 280 000 Mk. erbaute Anlage in steter Feuergefahr; in der Nähe war nicht einmal Wasser. Wie es möglich war, in diese Schuppen, die nur durch eine etwa 2 Meter hohe Bretterwand vom Fahrwege getrennt waren, Pulver, Sprengstoffe, Pulver oder gar, wie behauptet wird, geschützte Granaten aufzubewahren, bedarf der Aufklärung. Wir sind von zuverlässiger Seite verifiziert, daß selbst hohe Offiziere von dem gefährlichen Inhalte der Luftschicht „Wagenschuppen“ führenden Holzbaracken keine Ahnung hatten. Wäre nicht ein Feuerwerkshauptmann auf dem Zweirade herbeigekommen und hätte gerufen: „Das Feuer hält schon an den Zündern, gleich giebt es eine Explosion“, wäre das Unglück noch viel größer geworden. Dieser Ruf wurde von den Offizieren der militärischen und städtischen Feuerwehr gehört, zum Rückzug blieben. Auf dem Wege wurden die unglücklichen Opfer durch herumfliegende Eisenstücke verwundet und getödtet. Ein Glück war es, daß sich der Wind gebreht hat, denn die noch stehenden Schuppen sollen den gefährlichsten Inhalt geborgen haben. Es ist bei der strengen Schweißgefahr schwer, Zuverlässiges zu erfahren. Von einem achtbaren Herrn wird mir indes mitgeteilt, der Artillerieoffizier vom Platz bereits vor drei Monaten dem Kriegsministerium Bericht über die unpassende Aufbewahrung der Pulver und Sprengstoffe erstattet. In dieser Behauptung dürfte zweifellos ein gut Theil Ueberzeugung liegen. Aber diese Ueberzeugungen rühren aus her vollstän dig begründeter Erwägung der Bevölkerung über das fürchtbare Unglück her, das sich bei größerer Vorsicht zweifellos hätte vermeiden lassen. Dieser allgemeinen Erwägung gegenüber muß eine von kompetenter Seite erfolgende Klarlegung der Ursachen des Unglücks als dringend notwendig erscheinen.

Gegen das Tabakrauchen der Studenten haben verschiedene amerikanische Universitäten einen Felzug eröffnet, da nach der Meinung der Behörden das Rauchen nicht nur der Gesundheit schädlich, sondern auch der Entwicklung des Geistes hinderlich sei. Der Senat der Universität Boston gestattet z. B. das Tabakrauchen in der Universität nicht. Das darf man auf deutschen Universitäten auch nicht. Die Wesleyanische Universität des Staates Ohio verbietet aber überhaupt den Tabakgenuss. Die Letzte der Universitäten Yale wollen statistisch nachgemessen haben, daß die rauchenden Studenten ihre rauchenden Kommilitonen bei Weitem überlegen. In Amerika wird bekanntlich der Fortschritt genau nach Zahlen festgestellt. In diesem Falle sind die Nichtraucher den Rauchern durchschnittlich um 10,4 pct. voran gewesen. In der Entwicklung der Brustorgane blieben die Raucher und Raucher weit hinter ihren dem Tabak abholden Genossen zurück — angeführt.

Victoria-Theater.
Direction Müller.
Vollständig neues Programm.
Spreiz: Nummer 1. Platz
referred 75 Pf., Centre 50 Pf., in
Vorverkauf nummer 1. Platz
referred 60 Pf., Centre 40 Pf.
Inhaber von Vorverkaufkarten zahlen
30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Die
Währungsfrage
und
die Socialdemokratie.
Eine wissenschaftliche Darstellung
der währungspolitischen Zustände
in Preußen
von Max Schippe.
Preis 30 Pfennige.
Zu beziehen durch die Expedition
dieses Blattes.

Bek. Richter, Fink. und
Krauswanzers-Jahrbuch für 1896 u.
1897. Preis 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Grosser Umsatz!
Kleiner Verdienst!



J. Schönfeld,
Schmiedebrücke 19.

Herren- und Knaben-Garderobe
von nur dauerhaften Stoffen, gediegener Arbeit und vorzüglichem Schnitt, in grosser Auswahl, liefert bei streng reeller und billigster Bedienung
zur silbernen
19.

Achtung!
Diejenigen Genossen, welche an dem Auszug
am 26. Juli nach Wittstock, Fürstentum u. i. m.
theilnehmen wollen, werden ersucht, sich an einer
der nachbenannten Stellen zu melden.

Franz Müller, Schützenstr. 22, I.
Karl Bergend, Schützenstr. 5, III.
Paul Erbe, Schützenstr. 24, III.
Paul Liebesitz, Schützenstr. 19, III.
Karl Fabian, Schützenstr. 5, III.
Johann Kübel, Schützenstr. 26a.

Expedition der „Volksrecht“.
Der Vorstand des Sociald. Vereins.

Achtung!
Warhan!

Am 12. Juli
findet in den Localitäten des Herrn Staske des
Sommer-Vergnügens
der organisierten Steinarbeiter
von Warhan und Umgegend,
bestehend in einem Concert und Tanz, statt.
Eintrittspreis zum Concert 30 Pf., Concert und
Tanz 1 Mark. — Beginn Nachmittags 4 Uhr.
Alle Kollegen und Genossen sind herzlich eingeladen.
Das Comité.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Section der Schlosser u. Maschinenbauer.
Samstag, den 11. Juli in „Merke“, Schützenstr. 12:
Mitglieder-Verammlung:

1. Vortrag des Kollegen Schütz.
2. Abrechnung vom 1. Quartal.
3. Abrechnung vom 2. Quartal.
4. Bericht des Vorstandes.

Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung
der Klempner u. verw. Berufsgenossen.
Freitag, den 12. Juli ab. Vormittags 11 Uhr,
im Kestrowsky, Schützenstr. 100.

Zugendordnung: 1. Die Klagen der Klempner-Verbandung.
Korrespondent: Kollege Schütz. 2. Die Klagen und Aeußerungen
der Klempner-Verbandung. Referent: Kollege Blankenfeld.
3. Referent.

In Anbetracht der wichtigeren Zugendordnung wird geschäftl. Er-
scheinung der Kollegen ersucht. 1115
Entrée 10 Pf. Der Elsenerer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband!
(Zahlstelle Breslau)
Montag, den 13. Juli 1896:
III. Stiftungs-Fest
im Salkeswerder,
bestehend in großem Garten-Concert, ausgeführt von der Kapelle
des Herrn D. Baumgarten. Bei eintretender Dunkelheit:
Großes brillant-pracht Fronten-Feuerwerk arrangirt vom
1. gewählten Kunstfeuerwerker Herrn Carl Glomnitz. Hierauf:
Große Garten-Vollmusik bei feenhaft bengalischer Beleuchtung
sämmlicher Anlagen. Zum Schluß:
BALL!
Zugendbesitzer hierzu 50 Pf., sind an der Controlle zu haben.
Programme durch Mitglieder bezogen 20 Pf.
In den Comanditen 40 Pf. An der Kasse 50 Pf.
Kinder frei. 1115
Anfang Nachmittags 4 Uhr.

Erklärung!
Einem geehrten Publikum gebe ich zur Nach-
richt, daß ich socialistische Vereine in meinem
Local nicht aufnehme und mich der Erklärung
der Gewerber-Gesamtheit wieder anschließe.
Karl Bensch, Witt 36.

Locale Rundschau.

Breslau, den 9. Juli 1896

Achtung! Genossen und Genossinnen.

Der angekündigte Ausflug der socialdemokratischen Frauen und Mädchen für nächsten Sonntag nach dem Garten-Stabiliment des Herrn Denisch, Oswig Nr. 36, findet nicht statt. Vielmehr treffen sich die Genossinnen und Genossen nächsten Sonntag Nachmittag in der Zeit von 2 bis 3 Uhr im Südpark, von wo aus ein gemeinschaftlicher Spaziergang stattfindet. (Näheres im heutigen Inserat.)

Achtung Schuhmacher! Im „Breslauer Generalanzeiger“ sucht die Liegnitzer Schuhwarenfabrik von W. Wielner durch Vermittelung der Firma G. Aron, Reuschestraße 58/59, Gamaschenstickerinnen, einen Stepper, Vorrichter etc. Der Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher bringt den Kollegen deshalb nochmals zur Kenntnis, daß in der betreffenden Liegnitzer Fabrik wegen Lohnabzug Streik ausgebrochen ist.

Verloofungsrennen. Der schlesische Adel, die Herren Junker, Grafen, Barone, giebt sich am Sonntag, den 12. Juli, in Scheitnig ein Stelldichein. Die noblen Passionen dieser Staats- und werden dem Breslauer Publikum... gestellt, natürlich gegen Entgelt. Weil die hoch- edlen Herren jedoch wissen, daß das Interesse des Publikums für ihren Pferdesport nicht herabzulaßt, daß das Pferderennen dem Ertrag haben könnte, alle Unkosten des Rennens, aber nicht nur das eine, sondern sämtliche Rennen im Jahre bedecken zu können, ist man auf ein ganz probates Mittel verfallen, das leider bei unsrer unaufgeklärten Masse immer noch eine gewaltige Zugkraft ausübt; das Verloofungsrennen. Jeder Käufer eines Ringbilletts erhält ein Loos und unter den Loosinhabern wird der Sieger des Tages verloof. Das hört sich gar prächtig an. Ein Pferd, das auf einem Rennen den Preis davontreibt, hat gar einen hohen Werth unter den Sportemännern und wird gar theuer bezahlt.

Wer ein solches Pferd gewinnt, der kann Tausende herausbringen. Aber verehrte Leser und Leserinnen, so meinen es die Herren vom schlesischen Rennverein nicht. Das Pferd wird verloof, das ist wahr, aber der Loosinhaber erhält nicht das Pferd, das wird versteigert, nicht etwa unter alle Anwesenden, nein, nur unter die Mitglieder des Vereins und es verbleibt auch dem Verein. Die Versteigerung ist weiter nichts als ein Scheinverkauf. Untersuchen wir doch, ob der erzielte Preis für den Sieger in der Auction mit der Einnahme auf einem solchen Verloofungsrennen einigermaßen in einem richtigen Verhältnis steht. Wir können da eine recht merkwürdige Thatsache constatiren, nämlich die, daß die hohen Herren gar keiner behördlichen Controle unterliegen werden. Das erhellt doch daraus, daß der Verein so viele Loose verkaufen kann, so viel er nur will und daß auch der Preis für das zu versteigernde Pferd im Verhältniß der edlen Herren steht. Nur in einem Falle richten sich die Herren nach dem Gesetz; sie versäumen nicht den Verloofungstempel und die Auctionsgebühren zu berechnen, dieser Betrag wird aber bei Leibe nicht von dem Verein bezahlt, sondern er wird einfach von dem Erlös der Versteigerung in Abzug gebracht. Gewöhnlich erzielt der Verein aus dem Ringbilletts 12-, 15-, ja bis 20,000 Mark. Was aber bringt das Pferd? Wenn wir hoch zählen wollen, den zehnten Theil dieser Einnahmen. Mit der Mehrereinnahme werden nicht nur die Kosten der Rennen gedeckt, wie wir bereits erwähnt haben, es bleiben noch ein paar Tausend Mark zu Festivitäten übrig, bei denen Champagner in Strömen fließt. Das arme Volk — das ja bei der noblen Gesellschaft nur als Fleck argelesen wird, muß für die Belustigungen und Schwelgereien die Kosten tragen.

Vor Jahren hat das Pferd nur einige hundert Mark gebracht; das war einem Mitgliede des Vereins, dem verstorbenen Weinkaufmann Lansen, denn doch zu wenig, er forderte einen höheren Preis, und auf diese Weise ist er nun etwas erhöht worden, aber immer noch steht er mit der großen Einnahme in gar keinem Verhältnis. Wenn eine andere Gesellschaft eine Verloofung veranstaltet, muß sie der Polizei genau die Zahl der Loose und die der Gewinne und wie hoch sich diese belaufen, angeben. Hier ist's auch nur eine Verloofung, wegen des Rennens giebt die ärmere Bevölkerung nicht 50 Pfg. aus. Wir fordern daher in ihrem Interesse Schutz der Behörden. Freilich wäre es das Beste, nicht nach Scheitnig zu gehen, aber die traurigen Erwerbsverhältnisse bringen es leider mit sich, daß für die schwächste Hoffnung das letzte Geld geopfert wird. Charakteristisch ist bei Allem, daß der Verein sich sogar weigert, Communalabgaben zu entrichten.

Die Genossenschaft „Volkstheater“ hatte zum Mittwoch Abend eine Versammlung aller Derjenigen einberufen, welche sich für die Gründung eines Volkstheaters in Breslau interessieren. Es waren der Einladung etwa 100 Personen in das Concerthaus gefolgt. Herr von Arnim, der Vorstand der genannten Genossenschaft, gab einen Bericht über die vorhandenen Pläne zur Verwirklichung der Idee, unterstützt durch eine Reihe von Zahlen, die das projectirte Unternehmen finanziell in recht günstiger Lage erscheinen ließen. Herr v. Arnim berechnete an der Hand seiner Aufstellungen, daß das Theater bei nur recht mäßigem Besuch — für die Wochentage durchschnittlich ein Viertel, für die Sonntage die Hälfte der vorhandenen reichlich 1700 Plätze als verkauft gedacht — nach Deckung aller Ausgaben, selbst der Zinsen etc. des angelegenen Capitals, einen monatlichen Reingewinn von rund 3500 Mark bringen würde. In der sich dem Berichte anschließenden, sehr regen Discussion wurden allerdings wesentliche Theile der optimistischen Schilderungen

des Herrn v. Arnim angefochten. So wurden die in Anschlag gebrachten Mieten für die im Theatergebäude mit unterzubringenden Säben u. s. w. als unter Umständen viel zu hoch bemessen bezeichnet. Auch die Kautosten, die der Plan der Genossenschaft auf etwa 800,000 Mark beziffert, wurden als ganz unrichtig bezeichnet. Hier kommt vor Allem auch die Platzfrage in Betracht, denn je nach der Lage des Platzes könnte der Preis desselben in der Höhe ganz erheblich von dem in Aussicht genommenen abweichen. Ein anderer Redner bemängelte die Geringschätzung des für die 85 darstellenden Künstler angelegten Postens von 6700 Mark pro Monat für Gehälter. Es kämen da durchschnittlich 200 Mark Monatsgehalt auf den einzelnen Künstler. Herr von Arnim erläuterte diesen Posten dahin, daß ein Minimalgehalt von 75 Mark für die untergeordneten Künstlerinnen und ein Maximalgehalt von 500 Mark monatlich für die besten Kräfte der Berechnung zu Grunde gelegt sei. Lebhaftige Opposition fand auch die Mittelstellung, daß die Preisunterschiede für die einzelnen Plätze sich zwischen 3,50 Mark für den besten und 15 Pfennige für den schlechtesten Platz bewegen sollten. Mit großer Majorität beschloß man, die Genossenschaft zu ersuchen, eine bessere Ausgleichung der Preise vorzunehmen. Ebenso wurde beschlossen, die Antheilsscheine für die Genossenschaft von 250 Mark auf 100 Mark herabzusetzen, um dadurch einen größeren Kreis von Mitgliedern zu gewinnen.

Ueber den gegenwärtigen finanziellen Stand der Genossenschaft Auskunft zu geben, lehnte Herr von Arnim ab, da er dazu nicht autorisirt sei, doch wollte er erklären, daß an den nothwendigen Mitteln zur Realisirung des Planes noch sehr viel fehle. Uns erscheint das ganze Project nicht nur aus finanziellen Gründen verfehlt und unausführbar, wir bezweifeln auch sehr, daß, wenn es wirklich zur Ausführung des Planes kommen sollte, dies „Volkstheater“ seinem Namen alle Ehre machen und eine Stätte zur Pflege wahrer, freier Kunst werden dürfte. Die Namen der gewiß sehr ehrenwerthen Begründer dieses Theaters, ihre gesellschaftliche Stellung und dementsprechenden Anschauungen auf socialen wie politischen Gebieten lassen unser Mißtrauen nur zu sehr gerechtfertigt erscheinen.

Schwaffer in Sicht. In Folge der andauernden Niederschläge der letzten Woche steht oberhalb ein erhebliches Wassermasser zu erwarten. Am 10. d. Mts. dürfte ein Wasserstand von ohngefähr zwei Metern am Unteregel zu verzeichnen sein. Schlimme Ausichten das für die bereits einmal im Mai erblüht und empfindlich gestörten Wasserbauten, insonderheit für die Arbeiten an dem Umgehungsanal.

Von der Burgstraße. Das neugelegte, in Asphalt eingebettete Geleis der elektrischen Bahn an dem Theile der Burgstraße vom Kaiserthor bis zur Schühbrücke wird jetzt bereits befahren. An der Befestigung des interimsistischen Geleises dieser Bahn, das dicht an den Anlagen hinführt, arbeitet man eifrig. Ein Motowagen, an den eine Art Sowry zum Aufladen der angehobenen Schienen befestigt ist, rückt je nach dem Vorwärtren der Arbeit weiter vor, um dann mit der vollen Ladung abzufahren. Auf der bezeichneten Strecke darf jetzt auch der Fuhrwerkverkehr wieder stattfinden. Von der Schühbrücke bis zum Ritterplatz ist es dagegen wegen der Pflasterungsarbeiten gesperrt. — An der Burgstraße gegenüber dem Kaiserthor beginnt zur Zeit die Legung des Asphalt-Plasters, das für die kleine Strecke von der Burgstraße bis zum Universitätsplatz gewählt ist, um das Geräusch des Wagenverkehrs unter dem Kaiserthor möglichst zu mindern. Vom Beginne des Asphaltplasters bis zum Brückenanfang sind noch die Geleisanlage und die Asphaltirung fertig zu stellen. Erst nach Beendigung dieser Arbeiten wird der Verkehr durch das Kaiserthor wieder freigegeben werden können.

Verirrte Kinder. Am 7. d. Mts., Nachm., wurde auf der Abalbertstraße ein 3 Jahre altes Mädchen verirrt angetroffen und von dem Gasmeier Prausse, in der Gasanstalt am Leisingplatz wohnhaft, in vorläufige Pflege genommen. Das Kind trägt graues Kleid, schwarze Schürze und Knöpfschuhe. — Ebenfalls am 7. d. Mts., wurde auf dem Leisingplatz ein 3 Jahre altes Mädchen verirrt angetroffen. Dasselbe wurde von der Haushälterin Fischer, Alexandersstraße 25 wohnhaft, in vorläufige Pflege genommen. Das Kind ist mit grünem Kleid, blauer Schürze, schwarzen Strümpfen und Filzschuhen bekleidet.

Vermisst. Der Maurer Karl Raden ist am 23. v. Mts. aus Kamisch vermisst und zwar wollte er sich nach Breslau begeben. Raden wird seit dieser Zeit vermisst. Er ist 53 Jahre alt, hat graues Haar und war mit dunklem Rock, grauer Hose und Stiefeln bekleidet.

Unglücksfälle. Der Arbeiter Anton Trautmann stürzte beim Kirchsienpfänden von einem Baum und brach den linken Oberschenkel. Der Verunglückte fand im Krankenstift der Barnsbergigen Brüder Aufnahme. — Auf der Holzeistraße stürzte ein Arbeiter von einem Wagen und zog sich innere Verletzungen zu. Derselbe wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft. — In einer Fabrik auf der Theresienstraße wurde ein Fraiser von einer Maschine erfaßt, wobei ihm der Mittelfinger der linken Hand in complicirte Weise gebrochen wurde. Der Verunglückte fand im Allerheiligen-Hospital Hilfe.

Selbstmord. Am 7. d. Mts., Morgens, hat sich ein Restaurateur und Hausbesitzer auf der Kleinen Scheitnigerstraße in dem Keller seines Grundstückes an einem Balken erhängt.

Körperverletzung. Am 6. d. Mts., Abends, lag auf der Höfchenstraße ein Maurer in bewachlosem Zu-

stande, während ihm aus zwei großen Hintertopfrunden das Blut rann. Ein gerade vorübergehender Arzt und die zur Hilfeleistung gerufene Feuerwehr-Sanitätsabtheilung leisteten dem Verunglückten schnelle Hilfe, worauf derselbe in seine, an der Höfchenstraße gelegene Wohnung geschafft wurde. Der Mann soll in einer Restauration auf der Höfchenstraße in Streit gerathen sein, wobei ihm durch Schläge mit einem stumpfen Instrument die Verletzungen zugefügt wurden.

Diebstähle. In der Nacht zum 6. d. Mts. wurde einem Haushälter von der Gellhornstraße in einem Tanzlocale ein hellgrauer Sommerberzieher gestohlen. — Aus dem Laden eines Fleischermeisters auf der Malergasse wurde ein dunkelbrauner Sommerberzieher gestohlen. — Auf dem Obereschleischen Bahnhofe wurde einem Buchhalter eine Brieftasche entwendet, die 280 Mark und mehrere Quittungen enthielt. — Einem Dienstmädchen auf der Keulen Gasse wurde ein Portemonnaie mit 22 Mark Inhalt entwendet.

Festgenommen wurde ein Buchbinder, der am 8. d. Mts., Vormittags auf dem Neumarkte einen Zughund gestohlen hatte.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 7. d. Mts. 34 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurden: Einem Schuhmacher auf der Nachbstraße ein Paar Halbfleisch. — Abhandeln kamen: Ein rothseidener Schirm, ein dreirädriger Kinderwagen, eine goldene Damenschlüsseluhr, ein Geldbeutel, enthaltend 25 Mark, zwei Portemonnaies mit 15 und 17 M. Inhalt, ein Sparfassenbuch der hiesigen Sparcasse über 1106 Mark. — Gefunden wurden: Eine silberne Cylinderruhr, ein Fahrgang der Gartenlaube, eine Uhr mit Kette und dem Stempel Carl Linke, Breslau. — Zugeflogen ist ein grüner Papagei.

In dem Sittenproceß, über den wir an erster Stelle im localen Theil in Nummer 156 dieses Blattes berichteten, wurde gestern Abend in der elften Stunde das Urtheil gesprochen. Dasselbe lautete gegen die Restaurateurin Gertrud Dentschel auf acht Jahre Zuchthaus und sechsjährigen Ehrverlust; gegen die separirte Rittergutsbesitzerin Alma Düriva, geb. Propp, auf zwei Jahre Gefängnis, wovon drei Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten, und vier Jahre Ehrverlust; gegen die verehelichte Kaufmann Antonie Propp auf einen Monat Gefängnis, gegen deren Ehemann Waldemar Propp auf vier Monate Gefängnis, wovon gleichfalls drei Monate als verbüßt gelten; gegen den Commis Bruno Schulze auf drei Jahre Gefängnis und vierjährigen Ehrverlust, gegen den ehemaligen General-Agenten Reinhold Grüttner auf drei Monate Gefängnis, die als verbüßt angesehen werden, und gegen Len Geißharts-reichenden Eduard Schubert auf drei Monate Gefängnis. Der Stationsassistent Gustav Böhm, der Agent August Scholz und der Kaufmann Otto Jöbke aus Berlin wurden freigesprochen, weil gegen sie durch die Beweisaufnahme nichts Belastendes festgestellt werden konnte. — Aus den öffentlich verkündeten Urtheilsgründen war Folgendes ersichtlich: Die Dentschel war vor Jahren zu dem damals schon greisen Grafen Edmann Pückler auf Rogau in intime Beziehungen getreten und längere Zeit hindurch von ihm für ihre Lebenswürdigkeit sehr generös bezahlt worden. Dann aber hatten die Spenden des greisen Liebhabers aufgehört, und nun hatte die verlassene Geliebte alle Hölle in Bewegung gesetzt, um das gewohnte luxuriöse Leben weiterführen zu können. Er hatte sie es durch Mahnungen und Drohungen versucht und hatte von Zeit zu Zeit Boten an den alten Grafen abgesandt, die ihr belästigen und einschüchtern sollten. So war unter Anderem ein der Mitangeklagte Eduard Schubert in Rogau erschienen und hatte sich als Polizeicommissarius vorgestellt, um in dieser Rolle dem des Zahlens müden Manne hohn zu machen. Der Pseudo-Commissar hatte dann seine Rolle nach seiner eigenen Auffassung durchgeführt und seinen eigenen Vortheil dabei nicht vergessen, indem er meinte, wenn man nicht wirklicher Polizeibeamter sei, könne man sich ja mit ruhigen Gewissen ein wenig betheuern lassen. Als schließlich die gewöhnlichen Drohungen nicht mehr helfen wollten, hatte die Dentschel sich auf's Denunciren gelegt und dem Grafen ein den gefährlichsten Verweis dafür eingeklagt, das sie ihn eines Verbrechens wegen — das er gar nicht begangen hat — denunciirt habe. Schließlich hatte sie eine Anzahl Wechsel mit hohen Beträgen theils erschlichen, theils gefälscht und in einem daraus sich entspinneuden Civilproceß sogar eine Jungfrau zum Weibe zu verleiten gesucht, bis endlich durch die Intervention der Familie des Grafen ihrem verbrecherischen Treiben ein Ende gemacht wurde und sie mit allen ihren Genossen auf die Anklagebank kam. Die Düriva, das Propp'sche Ehepaar, Schulze und Grüttner hatten sich theils in ihrem Bestande, theils auf eigene Hand gleichfalls mehr oder minder der Sprengung, bezw. des Erpressungsveruches schuldig gemacht, und er vielbestrafte Schulze hatte ihr außerdem bei verschiedenen ihrer Sündenthaten thatkräftig Hilfe geleistet. Scholz und Jöbke dagegen hatten nur im regulären Geschäftsverkehr je eines der gefälschten Wechsel in die Hände bekommen und weiter gegeben, ohne von der Fälschung Kenntnis zu haben, und Böhm hatte seine zufällig erlangte Kenntnis von den unklaren Manövern der Dentschel dazu benutzt, dem Grafen einen Warnungsbrief zu schreiben, in welchem er seinen eigenen Vortheil gleichzeitig wahrzunehmen suchte. Die Anklage hatte in diesem Sinne gleichfalls einen Erpressungsveruch erblüht, das Gericht aber sich den Brief nur für einen tactlofen Bittelbrief an.

